

Interpellation Schulthess-Grabs / Hasler-Balgach / Gähwiler-Buchs: «Pandemie, Klimakrise und Jugendmitsprache: Partizipation als Schlüssel für eine gestärkte Zukunft

Über die Osterfeiertage ist es in St.Gallen und auch in anderen Städten zu Zusammenstössen mit der Polizei gekommen. Zahlreiche Jugendliche haben sich in St.Gallen getroffen, um zu feiern. Am Rande dieser Zusammenkünfte ist es auch zu Sachbeschädigungen und Angriffen auf die Polizei gekommen. In den Medien war von einer Unzufriedenheit der Jugendlichen mit den Corona-Massnahmen zu lesen.

Die Jugend leidet sehr stark unter den aktuellen Beschränkungen. Trotzdem trägt sie diese zu einem grossen Teil mit. Sie erlebt mit den aktuellen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung einschneidende Veränderungen. Die damit verbundenen Einschränkungen sind vielfältig und die zu erwartenden Auswirkungen auf ihren Alltag beginnen sichtbar zu werden. Der psychische Druck wächst. Gleiches trifft auf den Kontext der Klimakrise zu. Je weniger sich Jugendliche den realen Bedrohungen stellen können, je mehr wachsen Frust und Gefühle der Machtlosigkeit in der jungen Bevölkerung. Dies zeigt sich in den psychischen Problemen und in Protesten, wie denen der Klimajugend.

In Art. 12 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (SR 0.107; abgekürzt UN-Kinderrechtskonvention) wird Kindern und Jugendlichen die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung bilden zu können, sowie das Recht zugestanden, ihre Meinung zu allen ihre Person betreffenden Fragen oder Verfahren frei äussern zu können und dass ihre Meinung bei Entscheidungen angemessen entsprechend dem Alter und der Reife berücksichtigt wird.

Der frühe Einbezug von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Gremien ist elementar für das Verständnis demokratischer Partizipation und gesellschaftlicher Mitgestaltung. Dies vor allem auch im Kontext der Überalterung der Gesellschaft und der dafür notwendigen Solidarität in Pandemiezeiten. Auch vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung junger Menschen ist Partizipation der pluralen Gesellschaft förderlich. In vielen St.Galler Gemeinden gibt es zwar verschiedene Vereine und Freizeitangebote, die Kinder und Jugendliche nutzen können. Jedoch ist zu beobachten, dass zurzeit vielerorts keine festen Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen.

Vorteile von Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene:

- Ein gesellschaftlicher Dialog entsteht auf kommunaler Ebene und stärkt die Solidarität.
- Die kommunale Wahlbeteiligung wächst und damit das Grundverständnis der Schweizer Demokratie.
- Bedrohungen wie die Klimakrise oder Pandemien können kommunal aufgefangen werden.
- Selbstwirksamkeit nahe am Leben der Jugendlichen wird ermöglicht.
- Gefühle der Angst und des Unmuts finden in kommunalen Projekten Ausdruck.
- Die Attraktivität einer Wohngemeinde durch Einbezug von Kindern und Jugendlichen wird gesteigert.
- Verständnis für Anliegen der Generationen wird gesteigert.

Wollen wir unsere Jugend ernst nehmen und sie in die Verantwortung einbeziehen, müssen wir ihre Partizipation stärken und Gefässe dafür schaffen. Partizipation führt zu einem Gefühl von Selbstwirksamkeit und trägt damit zur gesellschaftlichen Solidarität bei. In Anbetracht des Ausmasses der aktuellen und zukünftigen Bedrohungen für die Jugendlichen ist es nicht ausreichend, auf kommunale Initiativen zu warten. Es braucht eine kantonale Strategie.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, die Mitwirkung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Kantons- und Gemeindeebene zu verstärken?
2. Sieht die Regierung Möglichkeiten, der Jugend Auswege aus den aktuellen Beschränkungen aufzuzeigen?
3. Inwiefern werden Jugendliche in die Klima- und Corona-Politik der Regierung einbezogen? Wäre es denkbar, über lokale Jugendparlamente oder Jugendarbeit die Meinung der Jugendlichen einzuholen? Welche Rolle übernimmt in dieser Situation das St.Galler Jugendparlament?
4. Die Stadt St.Gallen plant eine breite Befragung der Jugendlichen zur Befindlichkeit, inwiefern könnte der Kanton hier als Ergänzung kantonal eine Umfrage planen?
5. Wie und mit welchen Mittel können Kinder und Jugendliche in Zukunft kantonal und kommunal partizipieren?
6. Welche gesetzlichen Anpassungen des Gemeindegesetzes sind für eine feste institutionelle Mitsprache der Heranwachsenden nötig?
7. Welche Massnahmen können getroffen werden, dass der frühe Einbezug in die Gemeindeentwicklung fester Bestandteil von Jugendarbeit und Gemeindebehörden wird?
8. Wie kann der Kanton die Gemeinden in diesen Belangen unterstützen? »

19. April 2021

Schulthess-Grabs
Hasler-Balgach
Gähwiler-Buchs